

MEDIENMITTEILUNG**«Scheitern ist keine Option»**

Metrobasel-Anlass zum EU-Rahmenabkommen, 05. September 2018

Basel. Vor über 200 Gästen aus Politik und Wirtschaft wurde am vergangenen Mittwochabend im Saal des Grossen Rats ein für die Schweiz aktuelles und sehr wichtiges Thema diskutiert: **«Erfolgreiche Bilaterale CH-EU: Nur mit Rahmenabkommen?»** Nach der Einführung ins Thema durch metrobasel-Direktorin Regula Ruetz, die in ihrem Eingangsstatement mit Nachdruck für eine konstruktive Einigung zwischen der EU und der Schweiz plädierte, referierten und diskutierten prominente Vertreter aus Politik und Wirtschaft, welche Vor- und Nachteile die Einführung oder das Scheitern eines Rahmenabkommens der Schweiz bringen würde.

Staatssekretär Roberto Balzaretto, der Verhandlungsführer für die Schweiz in Brüssel, erläuterte in seinem Vortrag den Stand der Beziehungen mit der EU und die Bedeutung der Verhandlungen über das institutionelle Abkommen. Der Bundesrat wird ein Abkommen nur abschliessen, wenn dies im Gesamtinteresse der Schweiz liegt. Auch Monika Rühl, die Vorsitzende der Geschäftsleitung des Wirtschaftsdachverbands economiesuisse plädiert für das Rahmenabkommen und damit für Rechtssicherheit für Schweizer Unternehmen. Sie sieht die «Weltklasse-Bedingungen der Schweiz – in Bezug auf Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Bildung sowie Unternehmertum – in Gefahr», sollten die Schweiz und die EU nicht zu einer Einigung kommen. Für den Basler Regierungsrat Christoph Brutschin (SP) sowie für den Schweiz-Präsident von Novartis, Matthias Leuenberger, liegen die Vorteile eines Rahmenabkommens insbesondere für die grenzüberschreitende Region Basel und die hier so bedeutende Pharmaindustrie auf der Hand: Es gehe um nichts weniger als den geregelten und gesicherten Marktzugang zur EU, dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Auch Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP, BL), die Präsidentin der Ausserpolitischen Kommission des Nationalrats, setzte sich vehement für ein Rahmenabkommen ein, denn die EU warte doch nur darauf, dass der bilaterale Weg mit der Schweiz zu Ende und damit der Spezialfall Schweiz vom Tisch sei.

Roger Köppel, SVP-Nationalrat und Verleger der «Weltwoche», befürchtet, dass die Eidgenossenschaft mit einem solchen Abkommen ihre Souveränität verlieren und von «fremden Richtern» regiert würde. Er warnte eindringlich davor, dass die Schweizer Bürger sich nach der Übernahme von EU-Richtlinien nicht mehr zu Anpassungen äussern können, welche Schweizer Gesetzen widersprechen. Staatssekretär Balzaretto legte dar, dass ein institutionelles Abkommen die Prärogativen der Schweizer Institutionen und die direkte Demokratie bewahren würde. Auch EU-Parlamentarier Andreas Schwab aus Deutschland versicherte, dass beide Seiten ein grosses Interesse hätten, eng zusammenzuarbeiten. Die Souveränität der Schweiz sei auch mit Rahmenabkommen nicht in Gefahr. Er fügte gleichzeitig aber an, dass das Taktieren und auf Zeit spielen der Schweizer Politiker auf Seiten der EU nicht gebilligt würden: Die Schweiz habe es in der Hand, ob sie auch weiterhin den Wohlstand dank einer vertraglichen Anbindung an den grossen EU-Markt wolle oder nicht.

Basel, 7. September 18

Regula Ruetz
Patrick Marcolli

